

Dresdner Volkszeitung

Postkontor: Leipzig. Baden & Comp., Nr. 20618. Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Postkontor: Schr. Krschold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 4.50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn monatlich 7.25 M., Einzelnnummer 20 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Druckerei: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 5-spaltige Nonpareilzeile 1.50 M., Familienanzeigen 1.30 M., die 3-spaltige Reklamezeile 6.00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Berücksichtigung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefüberlegung 20 Pf.

Nr. 143

Dresden, Donnerstag den 24. Juni 1920

31. Jahrg.

Die preussische Verfassung

Seit dem März 1919 tagt die verfassunggebende Preussische Landesversammlung; aber erst jetzt ist sie in der Lage, die Verfassungsarbeit ernsthaft zu fördern. Schuld daran trägt nicht ein Verlangen der Regierung oder der Mehrheitsparteien, sondern die inneren Schwierigkeiten der Lage Preußens und der Frage selber. Zunächst waren sich Regierung und Landesversammlung Preußens darüber einig, mit dem preussischen Verfassungswerk zu warten, bis in Weimar die Reichsverfassung ihre endgültige Gestalt erhalten hatte. Als dies im August 1919 geschehen war, ging man an die Aufstellung des Entwurfes für Preußen. Aber es stellte sich alsbald heraus, daß unter den Mehrheitsparteien starke Meinungsverschiedenheiten obwalteten. Demokraten und Zentrum wollten möglichst viele Gegengewichte gegen die Alleinherrschaft des Landtages, während die Sozialdemokraten mit Nachdruck für das reine Einkammerprinzip eintraten. Unter den zahlreichen Vätern berging die Zeit, bis man sich schließlich auf einen Finanzrat einigte, der aus einigen hohen Beamten, einigen Vertretern der Provinzen und einer Anzahl von Landtagsabgeordneten bestehen sollte. Aber diese Lösung hat niemanden recht befriedigt: den Sozialdemokraten ging sie zu weit, den bürgerlichen Koalitionsparteien längst nicht weit genug.

Um die Macht des Landtages wird jetzt im Verfassungsausschuß der Kampf geführt, sehr reich wurde Einigkeit darüber erzielt, daß auch in die preussische Verfassung Volksbegehren und Volksentscheid, das heißt die unmittelbare Selbsteingebung durch das Volk, aufgenommen werden. Aber darüber hinaus wollten die Rechtsparteien dem Landtag eine Erste Kammer zur Seite setzen, die aus Vertretern der Provinzen und aus Abgeordneten der einzelnen Berufsstände bestehen sollte. In einer solchen ersten Kammer wäre eine bürgerliche Mehrheit für unabsehbar lange Zeit gesichert. Aber damit nicht genug, wollten die Rechtsparteien auch einen Staatspräsidenten mit möglichst ausgebildeten Befugnissen. Die bürgerlichen Mittelparteien lehnten zwar diese extremen Forderungen ab, aber sie setzten sich mit großem Eifer für einen Staatsrat ein, der von den Provinziallandtagen gewählt werden soll, die ihrerseits wieder auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts aller über zwanzig Jahre alten Männer und Frauen gewählt werden sollen. Durch diese Beteiligung der Provinzen an der Staatsleitung will man den Anfang machen mit der Erfüllung ihres Wunsches nach größerer Selbstständigkeit und den Loslösungsbestrebungen entgegenwirken. Aber diesem Staatsrat wollen Demokraten und Zentrum so weitgehende Befugnisse verleihen, daß er beinahe an Macht den Landtag übertrifft, mindestens ihm aber gleichsteht. Der Staatsratspräsident soll von Staatsrat und Landtag gemeinsam gewählt werden und dann einen wesentlichen Teil der Befugnisse ausüben, die sonst ein Staatspräsident befehle. Der Staatsrat soll sogar die Möglichkeit haben, durch Beschluß den Landtag aufzulösen, während umgekehrt ein gleiches Recht des Landtages gegen den Staatsrat nicht vorgesehen ist.

Die Sozialdemokratie lehnt den Gedanken eines zweiten Selbsteingebungsfaktors neben dem Landtag grundsätzlich ab. Wer eine Ahnung davon hat, wie schwer es ist, die stark zerplitterten deutschen Parteien auf eine Regierung zu einigen und für jede Vorlage eine Mehrheit — möglichst oft dieselbe Koalitionsmehrheit wie bei der Regierungsbildung — zu finden, wer die ganze Schwerfälligkeit der parlamentarischen Arbeit kennt, der wird sich ängstlich hüten, ohne zwingende Not neue Instanzen zu schaffen, welche die Verabschiedung neuer Gesetze noch erschweren. Tatsächlich hört man viel seltener den Vorwurf, daß ein Parlament überflüssig und unnötig arbeite, wie den, daß es die Lösung dringender Fragen allzu lange hinauszieht. Der preussische Staatsrat wäre ähnlich zusammengesetzt wie im Reich der Reichsrat. Aber dieser hat sich als eine durchaus reaktionäre Körperschaft erwiesen, so noch jüngst bei der Bestellung seiner Vertreter im Reichswirtschaftsrat, in den er lauter Unterdrücker entsandte hat. Der preussische Staatsrat dürfte nicht gleich rückwärts sein, weil in ihm nicht wie im Reichsrat die alten reaktionären Beamten aus der wilhelminischen Zeit sitzen würden, aber doch er im Sinne der Arbeiterklasse ein normiertreibendes Element wäre, ist nicht anzunehmen.

Gleichwohl muß die Sozialdemokratie damit rechnen, daß sich für den Staatsrat eine Mehrheit findet. Dann werden sich ihre Anstrengungen darauf richten müssen, seine Macht wenigstens nicht ins Gefährliche wachsen zu lassen. Er muß streng beschränkt werden auf ein bloßes Einprüfungsrecht mit anschließender Wirkung, darf aber nicht selbst an der Gesetzgebung, Regierung und Verwaltung aktiv mitwirken. Sein Präsident kann während der Zeit einer Landtagswahl den Landtagspräsidenten vertreten, darf ihn aber sonst nicht vertreten wollen. So wird die Sozialdemokratie dafür kämpfen, das Hebel einer zweiten Instanz wenigstens nicht allzu groß werden zu lassen.

Sehr merkwürdig ist gegenüber dem Staatsrat die Haltung der beiden Mehrheitsparteien. Ihre Redner haben mit großem Eifer dargelegt, daß diese reaktionären Bevormundungen ein Schritt weiter zur Auflösung Preußens wären. In der ganzen Reichsversammlung erschienen würde Kritik gegen die neue Reichsregierung, weil das Interesse Preußens in ihr nicht genügend berücksichtigt sei, und Preußen ist nach Aufhebung der Reichsverfassung noch immer der Reichsform. Trotzdem haben die Mehrheitsparteien grundsätzlich für den Staatsrat gestimmt, und man muß abwarten, ob sie von dieser in ihrem eigenen Grundbesitz widersprechenden Haltung noch zurückkommen werden.

Am übrigen verläuft die Arbeit an der preussischen Verfassung glatt und ruhig, und es ist zu hoffen, daß die Land-

Noch immer Verhandlungen

Nach den neuesten Meldungen scheint es doch noch so, als ob Lehrenbach sein Kabinett der Mitte trotz den Schwierigkeiten, die in letzter Stunde aufgetreten sind, zustandebringen würde. Das Bestreben der Deutschen Volkspartei ist darauf gerichtet, alle für unser Wirtschaftsleben wichtigen Ministerposten durch zuverlässige Vertreter des Großkapitals zu besetzen. Sie wollte sich nicht damit begnügen, daß nur das Wirtschaftsministerium durch einen sogenannten Fachmann besetzt wird, das gleiche sollte auch mit dem Reichsfinanzministerium und dem Postministerium geschehen. Treibhorn und Lehrenbach haben aber erklärt, daß sie die Herren Dr. Birch und Giesberts nicht aus ihren Ministerien entfernen lassen würden. Bis zur Stunde ist noch nicht bekannt, wer das Wirtschaftsministerium besetzen soll.

Gleichzeitig Wiedfeld hat die Übernahme des Reichswirtschaftsministeriums von der Voraussetzung abhängig gemacht, daß auch das Reichsfinanzministerium, das Reichsverkehrsministerium und das Postministerium mit sogenannten Fachmännern besetzt werden sollen. Auch eine Anzahl hervorragender Vertreter des deutschen Wirtschaftslebens, mit denen die Deutsche Volkspartei wegen ihres Eintritts in die Regierung verhandelt hat, sollen die gleichen Forderungen gestellt haben. Da das Zentrum auf diese Forderungen nicht eingehen wird, dürfte Dr. Wiedfeld für die Besetzung des Reichswirtschaftsministeriums ausbleiben. Wiedfeld hatte für das Reichsfinanzministerium den bekannten Schwerindustrie-Manager, den Generaldirektor der Deutsch-Augsburgerischen Bergwerks-Gesellschaft, vorgeschlagen. Es ist klar, daß die Sozialdemokratie dem neuen Kabinett sehr mißtraulich gegenübersehen dürfte, wenn die wichtigsten Ministerien mit solchen ausgebrochenen Unternehmern besetzt sind. Auch ein Kandidat für das Arbeitsministerium scheint noch nicht gefunden zu sein. Stegerwald hat abgelehnt, und der Abgeordnete Haeder, Krschold, der dann in Aussicht genommen war, hat ebenfalls abgelehnt.

Über neue Reichsliste unter Partei ist bisher nichts bekannt. Es soll die Hoffnung bestehen, daß man sich auf eine Resolution einigen wird, die die bürgerlichen Parteien der Mitte als eine Art Vertrauensvotum ansehen können. In letzter Stunde hat auch noch in Berlin das Reichsamt für die Reichsliste gefordert, daß die Unabhängigen Sozialdemokraten bereit sei, ihre bisherige Abstimmungsposition aufzugeben. Das wäre natürlich die denkbar beste Lösung der Krise. Dann wäre es der Arbeiterschaft möglich, den ihr gebührenden Einfluß in der Regierung zu erhalten. Nach dem bisherigen Verhalten der Unabhängigen ist es leider nur zu wenig wahrscheinlich, daß sie noch in letzter Stunde Barmut annehmen.

Zusammentritt des Reichstags oder nicht?

Berlin, 24. Juni. Der Reichstagsauschuss des Reichstags tritt heute Vormittag um 11 Uhr zusammen. Es ist, wie verlautet, geplant, angedeutet der ungelösten Kabinettkrise den Zusammentritt des Reichstags nach ein paar Tagen zu beschließen. Ob die Mehrheit des Reichstagsauschusses aber nicht lieber doch die erste konstituierende Sitzung des Reichstags, in der es sich ja in der Hauptsache nur um die Bildung des Präsidiums handelt, abwarten will, läßt sich im Augenblick nicht sagen.

Berlin, 23. Juni. Wie der Vorwärts mitteilt, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einstimmig beschlossen, Anspruch auf den vordemokratischen Posten des Reichstags dringend zu erheben und dafür den ehemaligen Vizepräsidenten Köbe vorzuschlagen.

Verhandlungen die Verfassungsgesetze und die große Verwaltungsreform nach in verhältnismäßig kurzer Zeit erledigt, ob das Volk auch in Preußen zu Neuwahlen aufgerufen wird.

Neueste Telegramme

Die drei Ententoten

Eigene Drahtmeldung

Paris, 24. Juni. Dem Präsidenten der Friedensdelegation wurden gestern drei von Wilson geschickte Noten zugestellt. Die erste war von dem Kommando der Vorkämpfer am letzten Sonntag abgefaßt, indes sind die Beschlüsse von Versailles abgeändert worden, die man sie abschickte. Sie bezieht sich mit der Verminderung der Reichswehr auf 100 000 Mann, die ursprünglich bis zum 31. März durchgeführt sein sollte, infolge des Rapp-Putsch aber bis 30. Juni verlängert worden war. Die Note der Vorkämpfer hat den Zweck, Frankreich einzuführen, daß es diesen Punkt des Vertrages in letzter Zeit zu erfüllen hat. Es wird in der Note ein Verbot ausgesprochen, die Entente zu verlassen, und ihre Überführung in eine totale Sicherheitswehr gefordert sowie die Verminderung der Reichswehr auf 100 000 Mann. Die zweite Note enthält Vorschläge des Maréchal Foch. Sie behandelt die technische Durchführung der Entlassung Deutschlands, die Zerstörung des k. k. Materiallagers usw. Es wird noch gesagt, daß sich nach dem Abschluß der Verhandlungen in den Händen von Privatpersonen befinden, die es diesen Resten schließlich ermöglichen, Anschlüsse auf die öffentliche Ordnung durchzuführen. Die dritte Note wurde ebenfalls von der Entente in Brüssel geschrieben und beschäftigt sich mit dem Rapp-Putsch.

Entscheidung der englischen Arbeiterpartei

Amsterdam, 24. Juni. Die Jahresversammlung der englischen Arbeiterpartei in Scarborough nahm eine Entscheidung an, die besagt: Die Friedensbedingungen können mit den Kriegszuständen in Widerspruch stehen. Ferner wird in der Entscheidung die Anerkennung der gegenwärtigen russischen Regierung, die Wiederherstellung der Handelsbeziehungen mit Rußland und Unterlassung jeglicher Hilfe an die antibolschewistischen Kräfte gefordert. Des weiteren wird der weiße Schrecken in Ungarn scharf verurteilt und erklärt, daß die wirtschaftliche Wiederherstellung Mittelwesteuropas für den Frieden und die Ruhe der Welt notwendig sei.

Die Haltung der Sozialdemokratie

Berlin, 24. Juni. Die sozialdemokratische Fraktion ist, wie das Berl. Tagebl. hört, sich klar darüber, daß augenblicklich keine andere Regierungsbildung möglich ist als diejenige, die von Lehrenbach angestrebt wird. Die Fraktion weiß zwar nicht, ob und wie sie das tolerare lassen ansprechen soll, da sie es auf alle Fälle vermeiden will, für irgendeine Handlung des Kabinetts mitverantwortlich gemacht zu werden, in dem auch Deutsche Volksparteier vertreten sind. Es besteht Grund zur Annahme, daß die Sozialdemokratie vorher öffentlich keine offizielle Erklärung über ihr Verhalten bei der Vorstellung der neuen Regierung im Reichstag abgeben wird, aber sie wird voraussichtlich durch die persönliche Abkündigung die entscheidenden Faktoren von ihrem definitiven Schritt unterrichten und so Herrn Lehrenbach die Möglichkeit geben, das Kabinett bei einem wohlwollenden neutralen Verhalten der Sozialdemokratie zustandebringen. Gestern abend äußerte Lehrenbach Fraktionskollegen gegenüber, daß er die Hoffnung auf die Bildung eines Kabinetts der bürgerlichen Mittelparteien noch keineswegs aufgegeben habe.

Die Ministerjagd

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 24. Juni. Die Kabinettbildung ist noch im Fluß. Kreuzbergs wird der Name des Charlottenburger Oberbürgermeisters Scholz für den Posten des Reichswirtschaftsministeriums genannt. Er gehört der Deutschen Volkspartei an.

Das Präsidium des Reichstags

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 24. Juni. Der Reichstagsrat der Nationalversammlung hat heute getagt und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß das Präsidium nach der Stärke der Fraktionen einbehalten werden muß. Präsident wird also ein Sozialdemokrat, und zwar Köbe, gewählt. Er wird durch Jettelwahl gewählt. Die drei Vizepräsidenten, die gleichberechtigt sind, werden gestellt von den Unabhängigen, die angenommen haben, den Zentrum und der Deutschnationalen Volkspartei, und zwar Wittmann (N. Soc.) und Dr. Bell (Zentr.). Für die Geschäftsführerposten sind in Aussicht genommen Sozialdemokraten 2, Volkspartei 2, Zentrum, Demokraten und Unabhängige je 1. Auch sie werden durch Stimmzettel gewählt. Der Reichstag wird heute, wie beschlossene, zusammentreten, um zunächst die Konstituierung vorzunehmen. Morgen findet die Präsidentenwahl statt. Dann verlegt sich das Haus auf Mittwoch, am welchem Tage die neue Regierung sich vorstellen wird.

Die Berliner Botschafter

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 24. Juni. Zum französischen Botschafter in Berlin ist Charles Laurent ernannt worden. Diese Wahl beweist, daß die französische Regierung dem Hauptprinzip darauf legt, über die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands gut unterrichtet zu sein. Charles Laurent war Generalkonsul des Finanzministeriums. Er trat später von seinem Posten zurück, um sich ganz der Leitung finanzieller Unternehmungen widmen zu können. Er ist 64 Jahre alt und der älteste der in Berlin ernannten Botschafter.

Als englischer Botschafter in Berlin ist Francis Vincent aus dem Hause der Earline Vernon angetreten. Er war längere Zeit englischer Vertreter bei der Osmannischen Bank in Konstantinopel und ist politisch bisher wenig hervorgetreten. — Von Italien wird der gegenwärtige Geschäftsträger in Berlin Sen Martino zum Botschafter ernannt werden.

Rücktritt der ungarischen Regierung

Wien, 24. Juni. Der Korrespondent der Telegraphen-Union erfährt, daß die ungarische Regierung am 26. Juni dimissionieren wird. Für die Lösung der Kabinettkrise stehen zwei Möglichkeiten offen. Entweder übernimmt Apponyi das Kabinett, der dann dem Grafen Andrássy das Portefeuille des Auswärtigen und auch alle andern Portefeuilles den führenden Männern, aber die Ungarn zur Zeit verliert, ohne Rücksicht auf ihre Parteigebhörigkeit, anbieten würde. Diese Variante hat jedoch mit Rücksicht auf den Widerstand der Parlamentarier wenig Aussicht. Als zweite Möglichkeit käme ein Ministerium Kubinek oder Szabo auf Grund der alten Koalition zwischen den Keimern Landwirten und den Christlichnationalen in Betracht.

Die Absperrung Ungarns

Aus Wien wird der Frankfurter Zeitung gemeldet:

Der telegraphische Verkehr in der Richtung auf Ungarn ruht mit Ausnahme der Staatsdepeschen, der diplomatischen Korrespondenz und des Durchgangsverkehrs vollständig. Von den nach Budapest arbeitenden sechs Fernspreitleitungen sind fünf angebrochen worden. Der Eisenbahngüterverkehr ist vollständig unterbrochen. Dagegen haben deutschungarische Postkollegen, Beamte und Arbeiter, es nach jüdischen Auseinandersetzungen mit den Sozialdemokraten in zwei Fällen durchzuführen gemußt, daß an die von Wien abgehenden Veronesenzüge der Wagon mit der Briefpost angehängt wurde. Auch der Personenverkehr auf den Donaudampfern wird sich wahrscheinlich ab. Die Donaudampfer fahren nur bis zur tschechoslowakischen Grenzstation Preßburg.

Da der Staatssekretär für das Verkehrswesen erkrankt ist, wird er durch den Staatssekretär für den Handel vertreten, der der Christlich-sozialen Partei angehört. Wenn er auch nicht, wie in mehreren Zeitungen behauptet wurde, durch